



Bundesweiter Aktionstag Umfairteilen am 13. April

Vermögenssteuer für eine soziale Gesellschaft

Reichtum ist wie Mist: Auf dem Haufen stinkt er – gut verteilt bringt er das Land zum Blühen! Unter diesem Motto stand in Bielefeld eine Aktion anlässlich des bundesweiten Tages des Bündnisses Umfairteilen. Vor der City-Filiale der mit Steuermilliarden vor dem Bankrott geretteten Commerzbank wurde ein echter Pferdemitshaufen abgeladen.

Die Stadt Bielefeld befindet sich wie viele andere Kommunen in akuter Finanznot. Wenn jetzt die finanzielle Unterstützung der Bahnmissionsmission gestrichen, Bäder geschlossen und städtische Kitas verkauft werden sollen, zeigt das die pure Not. So wird eine soziale Gesellschaft demontiert. Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Erde. Aber der Reichtum ist ungerecht verteilt. Immer weniger Reiche besitzen immer mehr Vermögen, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Geldnot der öffentlichen Haushalte trifft alle, besonders aber diejenigen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Auf der ande-



ren Seite verdienen die Reichen auch noch an leeren öffentlichen Kassen, da sie Kredite geben und Zinsen kassieren. Die Forderung des Bündnisses Umfairteilen zeigen einen realistischen Ausweg: durch

eine dauerhafte Erhebung der Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe sowie konsequente Verfolgung von Steuerbetrug könnten die nötigen Mittel für eine soziale Gesellschaft aufgebracht werden.

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Als Direktkandidatin für den Wahlkreis Herford – Minden II und auf Listenplatz 9 für den Bundestag



Die Bilanz meiner Arbeit 2010-2014 steht im Netz unter: www.inge-hoeger.de/fileadmin/lcmsingehoeger/Bilanz-final.pdf

Seit 2005 bin ich Mitglied im Deutschen Bundestag. Im Verteidigungsausschuss setze ich mich konsequent für den Frieden und soziale Gerechtigkeit ein. Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen beendet werden, der Export von Waffen und Kriegsgerät in alle Welt gehört verboten.

Am 26. Januar 2013 haben mich die Mitglieder der LINKEN aus dem Kreis Herford und der Stadt Bad Oeynhausen mit 75 % der abgegebenen Stimmen erneut zur Direktkandidatin für den Wahlkreis 133 Herford / Minden-Lübbecke II gewählt.

Anfang Februar hat die Partei auf ihrer LandesvertreterInnenversammlung die Landesliste zur Bundestagswahl in NRW aufgestellt. Dort bekam ich ein deutliches Votum für den Listenplatz 9.

Jetzt geht es darum, in meinem Wahlkreis zusammen mit den Mitgliedern und den Wählerinnen und Wählern dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft eine starke Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit im Bundestag sprechen kann. Mit Unterstützung aus ganz OWL werden wir einen Wahlkampf gegen den Einheitsbrei der anderen Parteien machen, die in den wichtigen Zukunftsfragen keine Perspektive bieten können: weder bei der Sicherung der Rente, noch bei der Verhinderung von Armut in diesem reichen Land, auch nicht für Frieden in der Welt. Die anderen Parteien brauchen auch nach der Wahl ein soziales Gewissen, das sie immer wieder auf ihre Verantwortung den Wählerinnen und Wählern gegenüber hinweist. Für eine starke LINKE Stimme im nächsten Deutschen Bundestag!

Ausstellungseröffnung am 7. Mai 2013 im Wahlkreisbüro Herford

Die »neue« Bundeswehr: Werbung und Wirklichkeit

In Somalia, Kosovo, Afghanistan, Mali – Tausende Bundeswehrsoldaten sind weltweit im Einsatz. Offiziell zur Wahrung der Menschenrechte. Tatsächlich führen sie Krieg. Seit den 90er Jahren wird die Bundeswehr für immer mehr Auslandseinsätze umgebaut. Diese neue Armee braucht Soldaten.

Das »Werben für's Sterben« auf Berufsbildungsmessen und in den Schulen wird immer massiver. So werden Abenteuer, Kameradschaft und ein sicherer Arbeitsplatz versprochen. Was Frauen und Männer in Uniform tatsächlich bei einem Auslandseinsatz erwartet, blendet die Werbekampagne komplett aus.

Eine neue Ausstellung der Linksfraktion im Bundestag, zeigt jetzt, wie Werbung und Wirklichkeit sich unterscheiden. DIE LINKE



hat mit Soldaten gesprochen, über ihren Ausstieg, über körperliche und seelische Verletzungen, und sie war bei Opfern in Afghanistan. DIE LINKE hinterfragt das Bild

der Bundeswehr in den Medien, sie fordert »Bundeswehr raus aus den Schulen!« und hinterfragt die scheinbare Wiedergewöhnung an Krieg. Wir beleuchten das Wirken der »neuen« Bundeswehr und fordern zivile Alternativen.



Die Ausstellung wird eröffnet am 7. Mai um 18.00 Uhr im Wahlkreisbüro Herford, Rade-wiger Straße 10.

Interessenten sind herzlich eingeladen.

Sie kann jederzeit über Internet eingesehen werden und ist auch ausleihbar. Nähere Informationen unter 05221/174 9072 oder 0521/5202 902

Bundeswehr: Einsatz im Innern mit gigantischer Übungskulisse

Eine der bedenklichsten Entwicklungen der Militärpolitik sind neben den Auslandseinsätzen die immer klarer werdenden Vorbereitungen für verstärkte Einsätze im Innern. Bis 2016 entsteht in der Colbitz-Letzlinger Heide ein militärisches Ausbildungszentrum für den Städtekampf – im Ausland und potentiell auch im Inland.

Meine Kleine Anfrage zum neuen »Urbanen Ballungsraum Schnöggersburg« brachte zu Tage, dass hier eine hochmoderne Übungskulisse entsteht, die keinem der bisherigen

Einsatzgebiete der Bundeswehr entspricht: eine sechs Quadratkilometer große moderne Stadt mit U-Bahnhof, Autobahnauffahrten und modernsten Regierungsgebäuden. Die Bundesregierung gab auf meine Nachfrage zu, wovor Militärkritiker längst warnen: in der gigantischen Übungskulisse aus mehr als 500 Gebäuden kann zukünftig auch der Einsatz im Innern geprobt werden. Zu den Aufgaben der Bundeswehr, die geübt werden sollen, gehören explizit der »Schutz kritischer Infrastruktur«, der »Heimatschutz« sowie »Innerer Notstand«.

Die Kosten für den Betrieb des GÜZ sind beachtlich. So wurden für die Infrastruktur, für die Betreiberfirma Rheinmetall und vieles mehr bis heute beinahe eine Milliarde Euro ausgegeben.

Der Häuserkampf in modernen Großstädten soll mit weiteren 100 Millionen gefördert werden. Die Bundesregierung gab in der Anfrage zu, dass die urbanen Kriegsstrategien ohne Beteiligung des Parlaments in den Ausbildungsbetrieb aufgenommen wurden.

Kranke Krankenhäuser sind gesundheitsgefährdend

Prekäre Beschäftigungen und schlechte Gesundheitsversorgung sind Folgen



Die Krankenhäuser besonders in NRW sind unterfinanziert. Vielen Kliniken steht das Wasser bis zum Hals. 15 Prozent der Häuser sind von Insolvenz bedroht. Kennzeichen der dramatischen Verschlechterung sind Personalabbau, zunehmender Zeitdruck, Outsourcing, Servicekräfte, Leiharbeit, sowie Drehtüreffekte für Patientinnen und Patienten. Diese Entwicklung ist für Beschäftigte und für PatientInnen gleichermaßen gesundheitsgefährdend!

Schuld an dem Desaster ist eine seit 20 Jahren verfehlte Gesundheitspolitik in Bund und Land. Die Länder kommen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur völlig unzureichend nach. In NRW beträgt die Unterfinanzierung etwa 14 Mrd. Euro. In den letzten 20 Jahren gibt es hier die niedrigste Investitionsrate bundesweit! Oft werden die fehlenden Mittel für laufende Personal- und Sachkosten abgezweigt. Die Folge ist ein massiver Personalabbau bei steigenden PatientInnenzahlen.

Als Retter aus diesem Desaster schwingen sich oft private Investoren auf. Bundesweit sind bereits ein Drittel aller Kliniken privatisiert – mehr als selbst in den USA! In NRW sind noch etwa 20 Prozent der Krankenhäuser in öffentlicher Hand, 70 Prozent sind frei-gemeinnützige Häuser.

Gerade die kommunalen Kliniken sind stark vom Verkauf an private Krankenhauskonzerne bedroht. Deren Ziel ist Gewinnmaximierung. Die rigorose Sparpolitik geht weiter:

Kündigung von Tarifverträgen, Verschlechterung der Altersversorgung, Outsourcing, »preiswerte« Hilfskräfte und kein Ende.

Krankenhausfinanzierung muss geändert werden

Unsere Krankenhäuser brauchen ein anderes Finanzierungssystem. Gesundheit ist keine an Profit und Aktienkursen orientierte Ware. Sie ist ein entscheidender Teil der Daseinsvorsorge und muss sich an den Menschen orientieren. Wir fordern ein Ende der Privatisierung öffentlicher Kliniken und die Rekommunalisierung privatisierter Häuser. Notwendig sind verbindliche Personalschlüssel und eine einheitliche Bezahlung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

Eine hochwertige Gesundheitsversorgung mit allen medizinisch wichtigen Leistungen für Patienten, mit guten Arbeitsbedingungen, Ausbildung und angemessener Entlohnung für Beschäftigte ist finanzierbar. Dazu müssen alle Einkommen einbezogen werden und die öffentliche Hand ihren Anteil und damit ihre Verantwortung endlich übernehmen.

Der Druck muss raus! Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di wehren sich, denn die Situation in den Krankenhäusern spitzt sich immer mehr zu. Nach den Berechnungen der Gewerkschaft fehlen aktuell 162.000 Stellen an Krankenhäusern. Eine Mindestbesetzung ist nicht mehr gewährleistet. Mit öffentlichem Protest, wie hier in Bielefeld, suchen die Beschäftigten Unterstützung bei der Bevölkerung, die ja mit ihnen gemeinsam die Leidtragenden sind. Unterstützend dazu hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 26. April im Berliner Reichstag ein Hearing zum Thema bessere Krankenhauspflege und gute Arbeitsbedingungen durch Mindestpersonalbemessung organisiert. Es bereitet einen Gesetzentwurf der LINKEN vor. Weitere Informationen gibt es unter www.linksfraktion.de/nachrichten/pflegekraefte-dauerstress/



Widerstand gegen »Heuschrecke«

Die Kunststoffirma Linpac Allibert in Bad Salzuflen - Lockhausen wurde im März 2012 vom Finanzinvestor One Equity Partners (OEP) übernommen. Am 21. November wurde – Knall auf Fall – die Schließung bekanntgegeben. Die KollegInnen kämpften mit Warnstreiks, Betriebsversammlungen und Werksblockaden für ihre Arbeitsplätze.

Mitte März konnten sie vor dem Arbeitsgericht wenigstens einen Sozialtarifvertrag erreichen. So einfach lassen sie sich nicht ausbieten oder abschreiben!

Inge Höger steht im engen Kontakt mit der Gewerkschaft und dem Betriebsrat und wird ihren Kampf um Arbeitsplätze weiter unterstützen und stärken.

Militärbedingte Schäden im Nationalpark Senne beheben

Kriege verhindern - Natur schützen

Seit 120 Jahren wird in der Senne für Kriege trainiert. Zuerst für den Kaiser, dann für den faschistischen Krieg und inzwischen NATO-britisch. 120 Jahre militärische Nutzung bedeuten: Munitionsdepots, Bunker, Flugfelder, gesundheitsgefährdender Lärm, Schießstände und nun auch noch Kampfdörfer. Das bedeutet aber auch militärische Altlasten und jede Menge Gift!

Die britischen Streitkräfte haben angekündigt, ab dem Jahr 2018 den 116 Quadratkilometer großen Truppenübungsplatz in der Senne zu verlassen. Nun erhebt der Bundesverteidigungsminister massiv Ansprüche, die vorhandene Infrastruktur für Übungen der Bundeswehr für Auslandseinsätze nutzen zu wollen.

Es wäre fatal, den Altlasten demnächst durch die Bundeswehr weitere Neulasten zuzufügen!

Die Bundesregierung soll endlich Auskunft geben: über Art, Menge und Orte von Altlasten und Gift, über mögliche weitere besondere Gefahrenstellen oder darüber, wohin



Altlasten wie z.B. Munitionsreste im Sand der Schießbahnen völlig unkontrolliert weiter verteilt sein könnten? Es gilt vieles zu klären! Auch die Verantwortlichkeit der Briten muss jetzt eingefordert werden, bevor diese die Senne 2018 verlassen. Als Verursacher müssen sie die Folgen ihrer militärischen Übungen klar aufzeigen und so weit wie möglich beheben!

Die Landesregierung ist gefordert. Sie muss die Flächen rechtzeitig unter Schutz stellen. Der Prinz zur Lippe und andere Alteigentümer haben bereits Ansprüche auf Rückgabe angemeldet. Dem sollten Bund und Land rechtzeitig zuvorkommen. Es besteht jetzt die einmalige Chance, hier eine einzigartige Natur zu schützen, statt Kriegsvorbereitungen zu treffen.

Friedensbewegung und Linke laufen Sturm gegen die Drohnen-Pläne der Bundesregierung

Töten Per Mouse-Klick



Vor einigen Jahren noch galten Flug-Roboter als Science-Fiction, doch inzwischen sind Kampfdrohnen eine immer öfter eingesetzte Kriegswaffe. Wie auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag bekannt wurde, plant auch die Bundesregierung nun die Beschaffung eigener, unbemannter bewaffneter Drohnen.

Die Befürworter des Drohnen-Einsatzes vor allem aus dem Regierungslager, schaffen die Illusion vom »sauberen Krieg«. Die Ziele

sind jedoch meist echte und oft unschuldige Menschen, die dabei zu Tode kommen. Friedensbewegung und Linke fürchten, dass die Hemmschwelle für den Einsatz militärischer Gewalt sinken wird. DIE LINKE fordert einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag, der Drohnen umfassend ächtet und die Produktion, den Erwerb und den Einsatz von Drohnen wirksam verbietet.

Weitere Infos unter:
www.drohnen-kampagne.de

Kontakt

Bundestagsbüro:

Inge Höger (v.i.S.d.P.)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030-227-74330
Fax: 030-227-76339
Email: inge.hoeger@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

HERFORD

Elke Eisenburger, Ann Kathrin Krause
Radewiger Str. 10, 32052 Herford
Öffnungszeiten
Mo. bis Do. 10-15 Uhr, Fr. 10-14 Uhr
sowie nach Vereinbarung
Fon: 05221-1749071
Fax: 05221-1749073
Email: inge.hoeger@wk.bundestag.de

BIELEFELD

Barbara Schmidt
August-Bebel-Str. 126, 33602 Bielefeld
Öffnungszeiten
Mo. 13 bis 16 Uhr, Di. bis Do. 10 bis 16 Uhr
sowie nach Vereinbarung
Fon: 0521 5202902
Fax: 0521 5202903
Email: inge.hoeger@wk2.bundestag.de
www.inge-hoeger.de